

**Andere gesetzlichen Publikationen
Autres publications légales
Altre pubblicazioni legali**

**Arbeitsvertrag
Contrat de travail
Contratto di lavoro**

Gesuch um Änderung der Allgemeinverbindlicherklärung des Landes-Gesamtarbeitsvertrages des Gastgewerbes

(Bundesgesetz vom 28. September 1956 über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen)

Die vertragschliessenden Verbände, nämlich hotellerieuisse, Gastro Suisse und die Swiss Catering Association (SCA) einerseits, die Hotel & Gastro Union sowie die Gewerkschaften Unia und Syna andererseits, ersuchen um Allgemeinverbindlicherklärung folgender geänderter Bestimmungen des im Anhang zu den Bundesratsbeschlüssen vom 19. November 1998, vom 17. Dezember 2001, vom 12. Dezember 2002, vom 30. Januar 2003, vom 8. Dezember 2003, vom 24. Dezember 2004, vom 22. September 2005, vom 19. Dezember 2005, vom 1. Mai 2007, vom 13. August 2007, vom 17. Dezember 2007, vom 11. Dezember 2008, vom 11. Dezember 2009, vom 12. Juni 2013, vom 26. November 2013 und vom 12. Dezember 2016 (BBl 1998 5535, 2001 6580, 2002 8359, 2003 1024 8117, 2005 133 5711 7503, 2007 3399 6103 8693, 2008 9229, 2009 8857, 2013 4655 9671, 2016 8855) wiedergegebenen Landes-Gesamtarbeitsvertrages (L-GAV) des Gastgewerbes:

Art. 10 Abs. 1 Mindestlöhne

¹ Mindestlohnsätze¹ pro Monat für Vollzeitmitarbeiter, die das 18. Altersjahr vollendet haben

I	a)	Mitarbeiter ohne Berufslehre	3 435.-
	b)	Mitarbeiter ohne Berufslehre mit erfolgreich absolvierter Progresso-Ausbildung	3 637.-
II		Mitarbeiter mit einer 2-jährigen beruflichen Grundbildung mit Eidgenössischem Berufsattest oder gleichwertiger Ausbildung	3 737.-
III	a)	Mitarbeiter mit einer beruflichen Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis oder gleichwertiger Ausbildung	4 141.-
	b)	Mitarbeiter mit einer beruflichen Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis oder gleichwertiger Ausbildung und 6 Tagen berufsspezifischer Weiterbildung gemäss Art. 19 L-GAV	4 243.-
IV		Mitarbeiter mit einer Berufsprüfung nach Art. 27 Bst. a) BBG	4 849.-
<p>Durch schriftliche Vereinbarung im Einzelarbeitsvertrag kann der Mindestlohn der Stufe I, II oder III während einer Einführungszeit um maximal 8% gesenkt werden. Bei der Stufe I dauert die Einführungszeit längstens 12 Monate, wenn der Mitarbeiter zuvor nie mindestens 4 Monate bei einem Betrieb angestellt war, der ... unterstellt ist. In den anderen Fällen dauert die Einführungszeit längstens 3 Monate. Nicht zulässig ist diese Lohnreduktion bei einem Stellenantritt beim gleichen Arbeitgeber oder im gleichen Betrieb, wenn der Unterbruch zwischen zwei Arbeitsverhältnissen weniger als 2 Jahre beträgt. Bei der Stufe II und III a kann nur bei erstmaliger Beschäftigung in einem ... unterstellten Betrieb eine Einführungszeit von längstens 3 Monaten vereinbart werden.</p>			

Art. 11 Abs. 1 Mindestlohn für Praktikanten

¹ Studierende, die als Teil einer Ausbildung ein Praktikum absolvieren, haben Anspruch auf einen monatlichen Bruttolohn von mindestens 2 190 Franken,

- wenn sie den Lehrgang an einer Hotelfachschule als Bestandteil eines anerkannten Bildungsganges nach dem Schweizerischen Berufsbildungsgesetz absolvieren, oder
- wenn sie den Lehrgang an einer kantonal anerkannten Fachhochschule absolvieren, oder
- wenn sie den Lehrgang an einer Bildungsinstitution im Ausland absolvieren, die von einer schweizerischen Organisation der Arbeitswelt der Branche und der Aufsichtscommission des L-GAV anerkannt ist und mit der eine gültige Vereinbarung zur Zusammenarbeit besteht, oder
- wenn sie den Lehrgang an einer Hotelfachschule absolvieren, die von der Aufsichtscommission L-GAV anerkannt ist.

Geltungsbereich

¹ Die Allgemeinverbindlicherklärung gilt für die ganze Schweiz.

² Die allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen des Landes-Gesamtarbeitsvertrages gelten unmittelbar für alle Betriebe, die gastgewerbliche Leistungen anbieten (nachfolgend gastgewerbliche Betriebe genannt) sowie deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Teilzeitarbeiterinnen und -arbeiter sowie Aushilfen inbegriffen). Als gastgewerbliche Betriebe gelten alle Betriebe, die gegen Entgelt Personen beherbergen oder Speisen oder Getränke zum Genuss an Ort und Stelle abgeben. Gastgewerbliche Betriebe gleichgestellt sind Betriebe, die fertig zubereitete Speisen ausliefern. Gewinnerorientierung ist nicht vorausgesetzt.

Ausgenommen vom betrieblichen Geltungsbereich sind abschliessend:

- Kantinen und Personalrestaurants, die im Wesentlichen dem betriebseigenen Personal dienen und im Wesentlichen durch betriebseigenes Personal bedient werden;
- Restaurationsbetriebe in Spitälern und Heimen, die ausschliesslich den Patienten respektive Bewohnern und deren Besuchern dienen und nicht öffentlich zugänglich sind oder für deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Falle der öffentlichen Zugänglichkeit zwingend im Vergleich mit dem vorliegenden Gesamtarbeitsvertrag mindestens gleichwertige reglementarisch oder gesamtarbeitsvertraglich festgelegte Arbeitsbedingungen gelten;
- Restaurationsbetriebe mit bis zu 50 Sitzplätzen, die räumlich mit Verkaufsgeschäften des Detailhandels verbunden sind, mit diesen eine Betriebseinheit bilden und im Wesentlichen

die gleichen Öffnungszeiten wie das dazugehörige Verkaufsgeschäft haben;

- Restaurationsbetriebe mit mehr als 50 Sitzplätzen, die räumlich mit Verkaufsgeschäften des Detailhandels verbunden sind, mit diesen eine Betriebseinheit bilden und im Wesentlichen die gleichen Öffnungszeiten wie das dazugehörige Verkaufsgeschäft haben, sofern für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Betriebes zwingend ein im Vergleich mit dem vorliegenden Gesamtarbeitsvertrag mindestens gleichwertiger Gesamtarbeitsvertrag gilt. Liegt kein gleichwertiger Gesamtarbeitsvertrag vor, so ist die vorliegende Allgemeinverbindlicherklärung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anwendbar, die hauptsächlich eine gastgewerbliche Leistung erbringen;
- gastgewerbliche Leistungen, die im Zugverkehr erbracht werden.

Der Ausschuss der Aufsichtscommission befindet über die Gleichwertigkeit von gesamtarbeitsvertraglichen und reglementarischen Arbeitsbedingungen nach den Kriterien von Artikel 20 Absatz 1 erster Satz des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG, SR 823.11) und Artikel 48a der Arbeitsvermittlungsverordnung (AVV, SR 823.111). Die beteiligten Gesamtarbeitsvertragsparteien können gemeinsam beim SECO ein Gutachten beantragen, das beim Befund des Ausschusses der Aufsichtscommission berücksichtigt wird.

Ausgenommen vom persönlichen Geltungsbereich sind abschliessend:

- Betriebsleiter, Direktoren;
- Familienmitglieder des Betriebsleiters (Ehegatte, Eltern, Geschwister, direkte Nachkommen);
- Musiker, Artisten, Discjockeys;
- Schüler von Fachschulen während des Schulbetriebes;
- Lernende im Sinne des Bundesgesetzes über die Berufsbildung.

Sehen dieser Vertrag oder zwingende Gesetzesbestimmungen nichts anderes vor, haben Teilzeitarbeiter im Verhältnis zur geleisteten Arbeitszeit dieselben Rechte und Pflichten wie Vollzeitmitarbeiter.

³ Die Allgemeinverbindlicherklärung gilt bis zum 31. Dezember 2020.

Allfällige Einsprachen gegen dieses Gesuch sind dem unterzeichneten Amt begründet und innert 15 Tagen, vom Datum dieser Veröffentlichung an, in 5 Exemplaren einzureichen.

3003 Bern, 11. April 2018

SECO – Direktion für Arbeit

¹ Für den Kanton Neuchâtel sind die nachfolgend aufgeführten Mindestlöhne anwendbar, sofern sie höher liegen als der kantonale Mindestlohn gemäss dem Loi cantonale neuchâtelaise sur l'emploi et l'assurance-chômage (LEmp).

04162667

Demande de modification des arrêtés du Conseil fédéral étendant le champ d'application de la convention nationale de travail pour les hôtels, restaurant et cafés

(Loi fédérale du 28 septembre 1956 permettant d'étendre le champ d'application de la convention collective de travail)

Les associations contractantes, soit l'hotellerieuisse, Gastro Suisse, ainsi que la Swiss Catering Association (SCA) d'une part, Hôtel & Gastro Union ainsi que les syndicats Unia et Syna d'autre part, demandent de modifier les arrêtés du Conseil fédéral du 19 novembre 1998, du 17 décembre 2001, du 12 décembre 2002, du 30 janvier 2003, du 8 décembre 2003, du 24 décembre 2004, du 22 septembre 2005, du 19 décembre 2005, du 1^{er} mai 2007, du 13 août 2007, du 17 décembre 2007, du 11 décembre 2008, du 11 décembre 2009, du 12 juin 2013, du 26 novembre 2013 et du 12 décembre 2016 (FF 1998 4856, 2001 6230, 2002 7777, 2003 1044, 2003 7409, 2005 135 5381 7023, 2007 3209 5775 8149, 2008 8269, 2009 8019, 2013 4163, 8693, 2016 8593), qui étendent le champ d'application de la convention collective nationale de travail pour les hôtels, restaurants et cafés (CCNT):

Art. 10, al. 1 Salaires minimums

¹ Salaires mensuels bruts minimums¹ pour les collaborateurs à plein temps qui ont atteint l'âge de 18 ans révolus.

I	a)	Collaborateurs sans apprentissage	3 435.-
	b)	Collaborateurs sans apprentissage mais ayant achevé avec succès une formation Progresso	3 637.-
II		Collaborateurs ayant achevé une formation professionnelle initiale de deux ans et disposant d'une attestation fédérale ou d'une Formation équivalente	3 737.-
III	a)	Collaborateurs ayant achevé une formation professionnelle initiale couronnée par un certificat fédéral de capacité ou disposant d'une formation équivalente	4 141.-
	b)	Collaborateurs ayant achevé une formation professionnelle initiale couronnée par un certificat fédéral de capacité ou disposant d'une formation équivalente et ayant suivi 6 jours de formation continue dans la profession conformément à l'art. 19 de la CCNT	4 243.-
IV		Collaborateurs ayant réussi un examen professionnel fédéral conformément à l'art. 27, let. a), LFPr.	4 849.-
<p>Dans les catégories I, II ou III a, il peut être convenu par écrit dans un contrat de travail individuel d'un salaire inférieur de 8% au maximum au salaire minimum pendant une période d'introduction. Dans la catégorie I, la période d'introduction est de 12 mois au maximum pour les collaborateurs qui n'ont jamais été engagés auparavant pour une durée de 4 mois au moins dans un établissement soumis ... Dans les autres cas, la période d'introduction est de 3 mois au maximum. Cette réduction de salaire n'est pas admise pour une prise d'emploi auprès du même employeur ou dans la même entreprise si l'interruption entre le nouvel engagement et l'engagement précédent est de moins de 2 ans. Dans les catégories II et III a, une période d'introduction de 3 mois au maximum peut être convenue uniquement lors du premier engagement dans un établissement soumis ...</p>			

Art. 11, al. 1 Salaire minimum pour les stagiaires

1 Les étudiants qui accomplissent un stage faisant partie d'une formation ont droit à un salaire mensuel minimum brut de 2 190 francs.

- s'ils suivent la formation auprès d'une école hôtelière comme partie intégrante d'un cursus reconnu au sens de la loi suisse sur la formation professionnelle, ou
- s'ils suivent la formation auprès d'une haute école spécialisée reconnue au niveau cantonal, ou
- s'ils suivent la formation auprès d'un institut de formation sis à l'étranger, reconnu par une organisation suisse du monde du travail de la branche ou par la Commission de surveillance de la CCNT et avec lequel il a été passé une convention de collaboration valable, ou
- s'ils suivent la formation auprès d'une école hôtelière qui est reconnue par la Commission de surveillance de la CCNT.

Champ d'application

¹ La déclaration de force obligatoire s'applique sur tout le territoire de la Confédération suisse.

² Les clauses qu'il vise s'appliquent aux établissements proposant des prestations dans les domaines de l'hôtellerie et de la restauration (appelés ci-après «établissements d'hôtellerie et de restauration») ainsi qu'à leurs travailleurs (y compris les travailleurs occupés à temps partiel et les auxiliaires). Sont réputés établissements d'hôtellerie et de restauration tous les établissements qui, à titre onéreux, hébergent des personnes ou servent des repas ou des boissons en vue de la consommation sur place. Les établissements qui livrent des repas prêts à la consommation sont assimilés aux établissements d'hôtellerie et de restauration. Une activité axée sur un but lucratif ne constitue pas une condition préalable.

Sont exceptés, à titre exhaustif, du champ d'application quant aux entreprises:

- les cantines et les restaurants du personnel servant pour l'essentiel au personnel propre à l'entreprise et qui sont servis pour l'essentiel par le personnel propre à l'entreprise;
- les établissements de restauration d'hôpitaux et de homes qui servent exclusivement aux patients ou aux pensionnaires et à leurs visiteurs, et ne sont pas accessibles au public ou, s'ils sont accessibles au public, pour les collaborateurs auxquels s'appliquent impérativement des conditions de travail fixées dans des règlements ou dans des conventions collectives de travail et au moins équivalentes à la présente convention collective de travail;
- les établissements de restauration comptant jusqu'à 50 places assises et dont les locaux sont reliés à des magasins de vente du commerce de détail, qui constituent une unité d'exploitation avec ceux-ci et qui, pour l'essentiel, ont les mêmes heures d'ouverture que le magasin de vente afférent;
- les établissements de restauration comptant plus de 50 places assises et dont les locaux sont reliés à des magasins de vente du commerce de détail, qui constituent une unité d'exploitation avec ceux-ci et qui, pour l'essentiel, ont les mêmes heures d'ouverture que le magasin de vente afférent, à la condition qu'une convention collective de travail au moins équivalente à la présente convention collective de travail s'applique impérativement à tous les collaborateurs de cette entreprise. S'il n'existe pas de convention collective de travail équivalente, la présente extension s'applique aux collaborateurs qui fournissent principalement une prestation dans la restauration;
- les prestations d'hôtellerie et de restauration fournies dans le trafic ferroviaire.

Le comité de la Commission de surveillance statue sur l'équivalence des conditions de travail prévues dans des règlements et des conventions collectives de travail en vertu des critères de l'art. 20 al. 1 1^{re} phrase de la loi fédérale sur le service de l'emploi et la location de services (LSE, RS 823.11) et de l'art. 48a de l'ordonnance sur le service de l'emploi (OSE, RS 823.111). Les parties à la convention collectives de travail concernées peuvent demander conjointement au SECO une expertise dont il est tenu compte dans le cadre de la conclusion du comité de la Commission de surveillance.

Sont exceptés, à titre exhaustif, du champ d'application quant aux personnes:

- les chefs d'établissement, les directeurs;
- les membres de la famille du chef d'établissement (conjoint, père et mère, frères et sœurs, descendants directs);
- les musiciens, les artistes, les disc-jockeys;
- les élèves des écoles professionnelles pendant la durée des cours à l'école professionnelle;
- les apprentis au sens de la loi fédérale sur la formation professionnelle.

Pour autant que la présente convention ou d'autres règles impératives de la loi n'en disposent pas autrement, les collaborateurs employés à temps partiel ont, en proportion des heures de travail effectuées, les mêmes droits et obligations que les collaborateurs employés à plein temps.

³ La décision d'extension porte effet jusqu'au 31 décembre 2020.

Toute opposition à cette requête doit être motivée et adressée en 5 exemplaires, dans les 15 jours à dater de la présente publication, à l'office soussigné.

3003 Bern, 11 avril 2018
SECO – Direction du travail

¹ Pour le canton de Neuchâtel, les salaires minimaux prévus ci-après sont applicables pour autant qu'ils soient supérieurs au salaire minimal prévu par la Loi cantonale neuchâtelaise sur l'emploi et l'assurance-chômage (LEmp).

04162671

Domanda intesa a modificare i decreti del Consiglio federale che conferiscono carattere obbligatorio generale al contratto collettivo nazionale di lavoro dell'industria alberghiera e della ristorazione

(Legge federale del 28 settembre 1956 concernente il conferimento del carattere obbligatorio generale ai contratti collettivi di lavoro)

Le associazioni contraenti, cioè hotellerieuisse, Gastro Suisse e Swiss Catering Association (SCA) da una parte, Hotel & Gastro Union nonchè sindacati Unia e Syna dall'altra parte, hanno inoltrato la domanda per modificare i decreti del Consiglio federale del 19 novembre 1998, del 17 dicembre 2001, del 12 dicembre 2002, del 30 gennaio 2003, del 8 dicembre 2003, del 24 dicembre 2004, del 22 settembre 2005, del 19 dicembre 2005, del 1^o maggio 2007, del 13 agosto 2007, del 17 dicembre 2007, del 11 dicembre 2008, del 11 dicembre 2009, del 12 giugno 2013, del 26 novembre 2013 e del 12 dicembre 2016 (FF 1998 4400, 2001 5822, 2002 7468, 2003 1026, 2003 7040, 2005 131 5107 6681, 2007 3109 5565 7827, 2008 7947, 2009 7727, 2013 3981 8339, 2016 7899) che conferiscono carattere obbligatorio generale al contratto collettivo nazionale di lavoro dell'industria alberghiera e della ristorazione (CCNL):

Art. 10 cpv. 1 Salari minimi

1 Salari lordi minimi mensili¹ applicabili ai collaboratori a tempo pieno che hanno compiuto 18 anni

I	a)	Collaboratori senza apprendistato	3 435.-
	b)	Collaboratori senza apprendistato che hanno superato una formazione Progresso	3 637.-
II		Collaboratori che hanno concluso una formazione professionale di base di 2 anni con certificato federale di formazione pratica o una formazione equivalente	3 737.-
III	a)	Collaboratori che hanno concluso una formazione professionale di base con attestato federale di capacità o una formazione equivalente	4 141.-
	b)	Collaboratori che hanno concluso una formazione professionale di base con attestato federale di capacità o una formazione equivalente e con 6 giorni di perfezionamento professionale nel ramo secondo l'articolo 19 CCNL	4 243.-
IV		Collaboratori con esame di professione secondo l'articolo 27 lettera a) LFPr	4 849.-
<p>Durante il periodo di introduzione, il salario minimo delle categorie I, II o III a può essere ridotto al massimo dell'8 per cento mediante accordo scritto nel contratto individuale di lavoro. Il periodo di introduzione per la categoria I dura al massimo 12 mesi se in precedenza non ha mai lavorato per almeno 4 mesi in un'azienda assoggettata ... Negli altri casi il periodo di introduzione dura al massimo 3 mesi. Tale riduzione non è ammessa se il collaboratore è riassunto dallo stesso datore di lavoro o presso la stessa azienda dopo un'interruzione inferiore a 2 anni tra i due rapporti di lavoro. Per le categorie II e III a) può essere convenuto un periodo di introduzione di 3 mesi al massimo soltanto se si tratta del primo impiego in un'azienda assoggettata ...</p>			

Art. 11 cpv. 1 Salario minimo per praticanti

¹ Gli studenti che assolvono la parte pratica del programma di formazione hanno diritto a un salario lordo mensile di almeno 2 190 franchi se

- assolvono la formazione presso una scuola professionale alberghiera nell'ambito di un ciclo di formazione riconosciuto in virtù della legge federale sulla formazione professionale, oppure
- assolvono la formazione presso una scuola universitaria professionale riconosciuta a livello cantonale, oppure
- assolvono la formazione presso un istituto di formazione all'estero riconosciuto da un'organizzazione svizzera del ramo e dalla Commissione di sorveglianza del CCNL, e con il quale esiste un valido accordo di collaborazione, oppure
- assolvono la formazione presso una scuola professionale alberghiera riconosciuta dalla Commissione di sorveglianza del CCNL.

Campo d'applicazione

¹ La dichiarazione di obbligatoriietà generale viene dichiarata valida per tutta la Svizzera.

² Le disposizioni del contratto collettivo di lavoro, dichiarate di obbligatoriietà generale, hanno validità immediata per tutti le aziende che offrono prestazioni nel settore alberghiero e della ristorazione (in appresso denominate semplicemente «aziende alberghiere e della ristorazione») e i loro salariati (inclusi i lavoratori occupati a tempo parziale e gli ausiliari). Per aziende alberghiere e della ristorazione si intendono tutte le aziende che a pagamento ospitano persone oppure distribuiscono cibi o bevande da consumare sul posto. Alle aziende alberghiere e della ristorazione sono equiparate le aziende che forniscono pasti pronti. Non deve necessariamente trattarsi di un'attività a scopo di lucro.

Dal campo di applicazione aziendale sono eccettuate unicamente le seguenti aziende:

- mense e ristoranti del personale principalmente destinati al personale proprio dell'azienda e che sono principalmente serviti da personale dell'azienda;
- esercizi della ristorazione in ospedali e ospizi, esclusivamente riservati ai pazienti, ai pensionanti e ai loro visitatori, e non accessibili al pubblico, oppure, se accessibili al pubblico, per i cui collaboratori siano imperativamente in vigore condizioni di lavoro regolamentari o un contratto collettivo di lavoro almeno equivalente al presente contratto collettivo di lavoro;
- esercizi della ristorazione che hanno fino a 50 posti a sedere i cui locali sono collegati a negozi del commercio al dettaglio, che costituiscono con il negozio un'unità aziendale e che praticano gli stessi orari d'apertura del relativo negozio;
- esercizi della ristorazione che hanno più di 50 posti a sedere i cui locali sono collegati a negozi del commercio al dettaglio, che costituiscono con il negozio un'unità aziendale e che praticano gli stessi orari d'apertura del relativo negozio, a condizione che per tutti i collaboratori dell'azienda in questione sia imperativamente in vigore un contratto collettivo di lavoro almeno equivalente al presente contratto collettivo di lavoro. Qualora non sussista alcun contratto collettivo di lavoro, ai collaboratori che forniscono principalmente una prestazione di ristorazione è applicabile la presente dichiarazione di obbligatoriietà generale;

- prestazioni alberghiere e di ristorazione fornite nel traffico ferroviario.

Il comitato della Commissione di sorveglianza si pronuncia in merito all'equipollenza delle condizioni di lavoro regolamentari e di un contratto collettivo di lavoro in funzione dei criteri previsti all'articolo 20 capoverso 1 primo periodo della legge sul collocamento e il personale a prestito (LC, RS 823.11) e all'articolo 48a dell'ordinanza sul collocamento (OC, RS 823.111). Le parti contraenti che partecipano al contratto collettivo di lavoro possono chiedere alla SECO di allestire una perizia, la quale sarà considerata nell'ambito delle conclusioni del comitato della Commissione di sorveglianza.

Dal campo d'applicazione personale sono esclusi unicamente:

- gli esercenti, i direttori;
- i famigliari dell'esercente (coniuge, genitori, fratelli e sorelle, discendenti diretti);
- musicisti, artisti, disc jockey;
- gli allievi delle scuole professionali durante la scuola;
- le persone in formazione ai sensi della legge federale sulla formazione professionale.

Salvo disposizione contraria prevista dal presente contratto o da una norma di legge imperativa, i collaboratori a tempo parziale sono titolari degli stessi diritti e obblighi dei collaboratori a tempo pieno in rapporto all'orario di lavoro prestato.

³ L'obbligatorietà generale ha effetto fino al 31 dicembre 2020.

Le eventuali opposizioni a questa domanda dovranno essere motivate e presentate in 5 esemplari entro 15 giorni dalla presente pubblicazione, all'ufficio qui sotto indicato.

3003 Berna, 11 aprile 2018

SECO – Direzione del lavoro

¹ Per il cantone di Neuchâtel, i salari minimi previsti qui di seguito sono applicabili, purché siano superiori al salario minimo previsto dalla Loi cantonale neuchâteloise sur l'emploi et l'assurance-chômage (LEmp).

04162673

Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen

Loi fédérale sur les placements collectifs de capitaux

Legge federale sugli investimenti collettivi di capitale

UNIQUE PUBLICATION

Assemblées générales - Invitations et décisions

ABN AMRO Multi-Manager Funds
Société d'Investissement à Capital Variable
(die „Gesellschaft“)

Eingetragener Sitz: 49, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg
R.C.S. Luxemburg B 78.762

EINLADUNG ZUR HAUPTVERSAMMLUNG

Sehr geehrte Anteilinhaberin, sehr geehrter Anteilinhaber,

wir freuen uns, Sie zur Jahreshauptversammlung der Anteilinhaber (die „Versammlung“) von ABN AMRO Multi-Manager Funds (die „Gesellschaft“) einladen zu dürfen, die am 27. April 2018 um 14.00 Uhr (Ortszeit Luxemburg) am eingetragenen Sitz der Gesellschaft in 49, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg, stattfinden wird. Die folgenden Punkte stehen auf der Tagesordnung:

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung des Managementberichts und des Berichts des zugelassenen Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2017
2. Genehmigung des geprüften Jahresabschlusses der Gesellschaft (und der Zuweisung der Ergebnisse) für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2017
3. Den Mitgliedern des Verwaltungsrats zu gewährende Entlastung in Bezug auf ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2017
4. Bestätigung des Rücktritts von Frau Elisa Alonso Sanz zum 17. November 2017
Wiederwahl der folgenden Verwaltungsratsmitglieder für das kommende Geschäftsjahr bis zur nächsten Jahreshauptversammlung im Jahr 2019:
Frau Pauline Engelberts
Herr François-Xavier Gennetats
Herr Stéphane Corsaletti
5. Wiederwahl von PricewaterhouseCoopers als zugelassener Abschlussprüfer für das kommende Geschäftsjahr bis zur nächsten Jahreshauptversammlung im Jahr 2019
6. Alle anderen geschäftlichen Angelegenheiten, die ordnungsgemäß während der Versammlung vorgebracht werden

Falls Sie nicht persönlich an der Versammlung teilnehmen können und sich vertreten lassen möchten, bitten wir Sie, das beiliegende Vollmachtsformular ordnungsgemäß ausgefüllt sowie mit Datum und Unterschrift versehen zu Händen des Domiciliary Department per Post an die Adresse 49, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg und per Fax an (+ 352) 46 40 10 413 oder per E-Mail an Luxembourg-Domiciliarygroup@statestreet.com zu senden, so dass es spätestens 48 Stunden vor der Versammlung eingeht.

Bitte beachten Sie, dass jeder Anteil mit einer Stimme verbunden ist.

Die Stimmvollmacht bleibt auch bei einer Vertagung der Versammlung gültig, unabhängig von deren Gründen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass in Übereinstimmung mit Artikel 26 (3) des luxemburgischen Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen der Jahresabschluss, der Bericht des zugelassenen Abschlussprüfers und der Managementbericht von ABN AMRO Multi-Manager Funds am eingetragenen Sitz der Gesellschaft zur Verfügung stehen und Ihnen auf Wunsch kostenlos zugestellt werden.

Im Auftrag des Verwaltungsrates

04162883

UNIQUE PUBLICATION

Assemblées générales - Invitations et décisions

ABN AMRO Multi-Manager Funds
Société d'Investissement à Capital Variable
Société anonyme

Eingetragener Sitz: 49, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg
Handels- und Gesellschaftsregister (RCS) Luxemburg: B78.762 (die „Gesellschaft“)

EINLADUNG ZU EINER AUSSERORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG DER ANTEILINHABER DER GESELLSCHAFT

Aufgrund der ihm durch das Gesetz und die Satzung des ABN AMRO Multi-Manager Funds (die „Satzung“) übertragenen Befugnisse und zur Einhaltung der gesellschaftsrechtlichen Vorschriften hat der Verwaltungsrat der Gesellschaft (der „Verwaltungsrat“) beschlossen, die Anteilinhaber der Gesellschaft (die „Anteilinhaber“) zu einer außerordentlichen Hauptversammlung einzuladen, die am 27. April 2018 um 14:30 Uhr Luxemburger Zeit am eingetragenen Sitz der Gesellschaft, 49, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg (die „Versammlung“) zum Zwecke der Beratung und Abstimmung über die folgende Tagesordnung abgehalten wird:

- 1. Änderung der nachstehenden Artikel wie folgt:

I.1. Art. 3. Zweck. Der einzige Zweck der Gesellschaft ist, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Grundsatz der Risikostrreuung in übertragbaren Wertpapieren und/oder anderen liquiden Finanzwerten anzulegen und ihre Anteilinhaber am Ergebnis der Verwaltung ihrer Vermögenswerte zu beteiligen.

Grundsätzlich kann die Gesellschaft alle Maßnahmen ergreifen und nach eigenem Ermessen alle Geschäfte vornehmen, um ihren Zweck im weitesten Sinne im Anwendungsbereich des luxemburgischen Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen in der jeweils gültigen Fassung (das „Gesetz“) zu erfüllen.

I.2. Art. 4. Eingetragener Sitz. Der eingetragene Sitz der Gesellschaft ist in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Wenn nach Ansicht des Verwaltungsrats außergewöhnliche politische, wirtschaftliche oder soziale Situationen eingetreten sind oder unmittelbar bevorstehen, die den normalen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft am eingetragenen Sitz oder die Kommunikation zwischen dem eingetragenen Sitz und anderen Ländern möglicherweise beeinträchtigen, kann er den eingetragenen Sitz vorübergehend bis zur Wiederherstellung von normalen Verhältnissen ins Ausland verlegen. Eine solche vorübergehende Maßnahme hat jedoch keine Auswirkungen auf die Nationalität der Gesellschaft, die ungeachtet der vorübergehenden Verlegung des eingetragenen Sitzes weiterhin eine luxemburgische Gesellschaft bleibt.

Die Gesellschaft kann durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrats Niederlassungen oder Vertretungen im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland eröffnen.

Der Verwaltungsrat kann den eingetragenen Sitz der Gesellschaft durch Beschluss innerhalb derselben Gemeinde oder in eine andere Gemeinde im Großherzogtum Luxemburg verlagern und diese Satzung entsprechend ändern.

I.3. Art. 9. Ausgabe von Anteilen. Der Verwaltungsrat ist berechtigt, jederzeit und ohne Einschränkung neue Anteile auszugeben, ohne den bestehenden Anteilhabern ein Vorzugsrecht für die Zeichnung der auszugebenden Anteile einzuräumen. Sämtliche neuen Anteile müssen vollständig einbezahlt sein. Er kann jede Zeichnung von Anteilen nach eigenem Ermessen ablehnen. Wenn die Gesellschaft Anteile zur Zeichnung anbietet, entspricht der Preis je Anteil dem Nettoinventarwert der Anteile des jeweiligen Teilfonds, der jeweiligen Kategorie und jeweiligen Klasse (oder ggf. dem im Verkaufsprospekt der Gesellschaft [der „Prospekt“] angegebenen Erstzeichnungspreis), gegebenenfalls zuzüglich der vom Verwaltungsrat festgesetzten Kosten und Gebühren.

Der Zeichnungspreis ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitrahmens zu zahlen, der jedoch nicht länger als sieben Bankarbeitstage in Luxemburg nach dem Tag der Berechnung des anwendbaren Nettoinventarwerts sein darf.

Zeichnungsanträge können zu den in dieser Satzung festgelegten Bedingungen ausgesetzt werden.

Der Verwaltungsrat kann jedem Verwaltungsratsmitglied oder jedem geschäftsführenden Verwaltungsratsmitglied oder jedem anderen bevollmächtigten Vertreter die Aufgabe übertragen, Zeichnungen und Zahlungen des Preises der neu auszugebenden Anteile anzunehmen und diese auszugeben.

Auf Beschluss des Verwaltungsrates können Anteilsbruchteile ausgegeben werden. Diese Anteilsbruchteile berechnen anteilig zu Dividenden.

Der Verwaltungsrat kann der Ausgabe von Anteilen als Gegenleistung für eine Sacheinlage in Form von Wertpapieren unter Einhaltung des geltenden Rechts, insbesondere der Verpflichtung zur Bereitstellung eines Bewertungsberichts des Abschlussprüfers der Gesellschaft, und unter der Voraussetzung, dass diese Wertpapiere der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen des betreffenden Teilfonds gemäß dem Prospekt entsprechen, zustimmen.

I.4. Art. 12. Rücknahme von Anteilen. Jeder Anteilinhaber kann bei der Gesellschaft entsprechend den vom Verwaltungsrat im Prospekt festgelegten Bedingungen und soweit gesetzlich und gemäß dieser Satzung zulässig die Rücknahme aller oder eines Teils seiner Anteile beantragen.

Der Rücknahmepreis ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitrahmens zu zahlen, der jedoch nicht länger als sieben Bankarbeitstage in Luxemburg nach dem Tag der Berechnung des anwendbaren Nettoinventarwerts sein darf.

Der Rücknahmepreis entspricht dem Nettoinventarwert je Anteil des entsprechenden Teilfonds oder der entsprechenden Kategorie/Klasse, abzüglich ggf. vom Verwaltungsrat festgelegter Kosten und Gebühren. Der Rücknahmepreis kann im Ermessen des Verwaltungsrats auf den nächstfolgenden Anteil oder Bruchteil der jeweiligen Währung auf- oder abgerundet werden.

Wenn ein Rücknahmeartrag dazu führt, dass die Anzahl oder der Gesamtnettoinventarwert der Anteile, die ein Anteilinhaber in einer Anteilskategorie/

–klasse hält, unter die vom Verwaltungsrat festgelegte Mindestanzahl oder den vom Verwaltungsrat festgelegten Mindestwert fällt, kann die Gesellschaft den Anteilinhaber zur Rückgabe aller seiner Anteile in dieser Kategorie/Klasse verpflichten.

Der Verwaltungsrat kann den Rücknahmepreis an jeden Anteilinhaber durch Zuteilung in Form von Wertpapieren des betreffenden Teilfonds auszahlen, sofern der Anteilinhaber dem zustimmt und sofern die anderen Anteilinhaber keinen Verlust erleiden und der Abschlussprüfer der Gesellschaft einen Bewertungsbericht erstellt. Die Art oder der Typ der in diesen Fällen zu übertragenden Vermögenswerte wird vom Verwaltungsrat unter Einhaltung der Anlagepolitik und -beschränkungen des Teilfonds festgelegt.

Alle zurückgegebenen Anteile werden annulliert. Rücknahmearträge können gemäß den in dieser Satzung festgelegten Bedingungen ausgesetzt werden.

I.5. Art. 14. Nettoinventarwert. Die Gesellschaft berechnet den Nettoinventarwert jedes Teilfonds, den Nettoinventarwert je Anteil für jede Kategorie und Klasse sowie die Ausgabe-, Umlauf- und Rücknahmepreise mindestens zweimal pro Monat mit einer vom Verwaltungsrat festzulegenden Häufigkeit.

Der Nettoinventarwert jedes Teilfonds ist gleich dem gesamten Wert seiner Vermögenswerte abzüglich seiner Verbindlichkeiten.

Der Nettoinventarwert je Anteil wird berechnet, indem das Nettovermögen des jeweiligen Teilfonds durch die Anzahl der Anteile, die für diesen Teilfonds ausgegeben wurden, dividiert wird, ggf. unter Berücksichtigung der Aufschlüsselung des Nettovermögens des Teilfonds zwischen seinen verschiedenen Anteilskategorien und -klassen. Dieser Nettowert wird in der Währung des jeweiligen Teilfonds oder in einer anderen vom Verwaltungsrat gewählten Währung ausgedrückt.

Der Tag, an dem der Nettoinventarwert berechnet wird, wird in dieser Satzung als der „Berechnungstag“ bezeichnet.

Die Bewertungsmethoden lauten wie folgt:

Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:

- (1) Kassenbestände und Bardepots einschließlich aufgelaufener, jedoch noch nicht vereinnahmter Zinsen und bis zum Zahlungsdatum in diesen Depots aufgelaufener Zinsen;
- (2) alle bei Sicht fälligen Schuldverschreibungen und Wechsel sowie Forderungen (einschließlich noch nicht erhaltener Erlöse aus Wertpapierverkäufen);
- (3) alle Wertpapiere, Anteile, Beteiligungen, Anleihen, Optionen oder Vorzugsrechte für die Zeichnung und sonstigen Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft;
- (4) alle Dividenden und Ausschüttungen, die der Gesellschaft in bar oder in Form von Wertpapieren zustehen oder von denen die Gesellschaft Kenntnis hat;
- (5) alle aufgelaufenen, jedoch noch nicht vereinnahmten Zinsen und alle bis zum Zahlungsdatum von sich im Besitz der Gesellschaft befindlichen Wertpapieren generierten Zinsen, sofern diese Zinsen nicht im Kapital dieser Wertpapiere enthalten sind;
- (6) die Gründungskosten der Gesellschaft, wenn diese noch nicht abgeschrieben wurden;
- (7) sämtliche anderen Vermögenswerte jeglicher Art einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten.

Unbeschadet der spezifischen Bestimmungen, die für einen Teilfonds, eine Kategorie und/oder eine Klasse gelten, wird der Wert dieser Vermögenswerte wie folgt bestimmt:

- (a) Der Wert von Kassenbeständen und Bardepots, bei Sicht fälligen Wechseln und Schuldverschreibungen, Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Dividenden und ausgewiesenen oder fälligen, jedoch noch nicht vereinnahmten Zinsen wird zum Nennwert dieser Vermögenswerte bewertet, außer es erweist sich als unwahrscheinlich, dass dieser Wert erzielt werden kann. In diesem Fall wird der Wert durch Abzug eines Betrags ermittelt, den die Gesellschaft für angemessen erachtet, den Realwert dieser Vermögenswerte wiederzugeben;
- (b) Der Wert von Aktien oder Anteilen von Organismen für gemeinsame Anlagen wird auf der Grundlage des letzten am Bewertungstag verfügbaren Nettoinventarwerts ermittelt;
- (c) Die Bewertung aller Wertpapiere, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten, ordnungsgemäß funktionierenden, anerkannten und der Öffentlichkeit zugänglichen Markt gehandelt werden, erfolgt anhand des Schlusskurses am Tag der Auftragsannahme. Bei Wertpapieren, die an mehreren Märkten gehandelt werden, erfolgt die Bewertung auf Grundlage des aktuell am Hauptmarkt dieser Wertpapiere geltenden Kurses. Falls dieser Kurs nicht repräsentativ ist, erfolgt die Bewertung auf Grundlage des wahrscheinlichen Verkaufspreises, den der Verwaltungsrat mit der gebotenen Sorgfalt und nach Treu und Glauben schätzt;
- (d) Nicht notierte Wertpapiere oder nicht an einer Börse oder einem anderen geregelten, ordnungsgemäß funktionierenden, anerkannten und der Öffentlichkeit zugänglichen Markt gehandelte Wertpapiere werden auf der Grundlage des wahrscheinlichen Verkaufspreises bewertet, der umsichtig und in gutem Glauben von einem hierzu vom Verwaltungsrat ernannten Sachverständigen geschätzt wird;
- (e) Wertpapiere, die auf eine andere Währung als die Referenzwährung des betreffenden Teilfonds lauten, werden auf Grundlage ihres am Bewertungstag geltenden Wechselkurses umgerechnet;
- (f) Wenn die Marktpraxis es zulässt, können liquide Vermögenswerte, Geldmarktinstrumente und alle sonstigen Instrumente mit ihrem Nominalwert zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen oder mittels der linearen Abschreibungsmethode bewertet werden. Jeder Beschluss, die Vermögenswerte des Portfolios unter Verwendung der linearen Abschreibungsmethode zu bewerten, bedarf der Genehmigung durch den Verwaltungsrat, der die Gründe für diesen Beschluss dokumentiert. Der Verwaltungsrat richtet angemessene Prüfungen und Kontrollen für die Bewertung der Instrumente ein;
- (g) Der Verwaltungsrat ist befugt, die Regeln für die entsprechenden Wertansätze aufzustellen oder zu ändern. Beschlüs-

se, die in diesem Zusammenhang gefasst wurden, werden in den Prospekt aufgenommen;

(b) Derivative Finanzinstrumente werden nach den vom Verwaltungsrat festgelegten und im Prospekt beschriebenen Vorschriften bewertet. Diese Vorschriften müssen vom Abschlussprüfer der Gesellschaft und den Aufsichtsbehörden im Voraus genehmigt worden sein.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- (1) alle Darlehen, fälligen Wechsel und Verbindlichkeiten;
- (2) alle bekannten fälligen und nicht fälligen Verbindlichkeiten, einschließlich aller fälligen und nicht fälligen Verbindlichkeiten und im Zusammenhang mit Zahlungen in bar oder in Sachanlagen, einschließlich von der Gesellschaft erklärter, aber noch nicht gezahlter Dividendenbeträge;
- (3) alle vom Verwaltungsrat bewilligten oder genehmigten Rücklagen einschließlich Rücklagen, die zur Deckung eines potenziellen Kapitalverlustes bei bestimmten Anlagen der Gesellschaft gebildet werden;
- (4) sonstige von der Gesellschaft eingegangene Verpflichtungen mit Ausnahme der durch das Eigenkapital der Gesellschaft repräsentierten Verpflichtungen. Zur Bewertung der Höhe dieser sonstigen Verbindlichkeiten berücksichtigt die Gesellschaft alle Gebühren, für die sie verantwortlich ist, einschließlich und ohne Einschränkung der Kosten von Änderungen der Satzung, des Prospekts und sonstiger die Gesellschaft betreffender Dokumente, Verwaltungs-, Erfolgs- und sonstiger Gebühren und außergewöhnlicher Aufwendungen, Steuern und Abgaben an Regierungsstellen und Börsen, finanzieller Belastungen sowie Bank- oder Maklergebühren, die beim Kauf und Verkauf von Vermögenswerten oder anderweitig entstanden sind. Zur Bewertung der Höhe dieser Verbindlichkeiten berücksichtigt die Gesellschaft regelmäßige und wiederkehrende Verwaltungs- und sonstige Ausgaben auf einer zeitanteiligen Basis.

Die Vermögenswerte, Verpflichtungen, Ausgaben und Gebühren, die keinem bestimmten Teilfonds oder keiner bestimmten Kategorie oder Klasse zuzuordnen sind, werden den verschiedenen Teilfonds, Kategorien oder Klassen zu gleichen Teilen oder, soweit die fraglichen Beträge dies rechtfertigen, im Verhältnis zu ihrem jeweiligen Nettovermögen zugerechnet. Jeder Anteil der Gesellschaft in der Rücknahmephase wird bis zum Geschäftsschluss an dem Bewertungstag, an dem die Rücknahme antragsgemäß erfolgen soll, als ausgegebener und vorhandener Anteil betrachtet, und sein Preis wird ab dem Geschäftsschluss des betreffenden Datums bis zu seiner ordnungsgemäßen Auszahlung als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft betrachtet. Jeder von der Gesellschaft gemäß dem eingegangenen Zeichnungsanträgen auszugebende Anteil gilt ab dem Geschäftsschluss am Bewertungstag als für den Ausgabepreis ausgegeben, und der entsprechende Preis wird als ein der Gesellschaft geschuldeter Betrag behandelt, bis er ordnungsgemäß bei der Gesellschaft eingegangen ist. Soweit möglich, wird jegliche von der Gesellschaft bis zum Bewertungstag beschlossene Anlage oder Auflösung einer Anlage berücksichtigt. Der Gesamtbetrag der jährlichen Gebühren eines Teilfonds, einer Anteilskategorie oder

–klasse darf zu keiner Zeit mehr als 5 % (fünf Prozent) seines durchschnittlichen Nettovermögens betragen. Wenn der Nettoinventarwert nach Auffassung des Verwaltungsrats nicht repräsentativ für den realen Wert der Anteile der Gesellschaft ist oder wenn sich die jeweiligen Märkte seit der Berechnung erheblich entwickelt haben, kann der Verwaltungsrat beschließen, ihm am selben Tag zu aktualisieren, und bestimmt umsichtig und in gutem Glauben einen neuen Nettoinventarwert.

I.6. Art. 16. Verwaltungsrat. Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, verwaltet. Verwaltungsratsmitglieder müssen keine Anteilinhaber der Gesellschaft sein. Die Hauptversammlung der Anteilinhaber der Gesellschaft (die „Hauptversammlung“) ernennt sie für eine Amtszeit von höchstens sechs Jahren. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Hauptversammlung kann ein Verwaltungsratsmitglied nach ihrem Ermessen seines Amtes entheben.

Wenn der Sitz eines von der Hauptversammlung ernannten Verwaltungsratsmitglieds frei wird, können die noch amtierenden Verwaltungsratsmitglieder ein vorübergehendes Verwaltungsratsmitglied ernennen.

In diesem Fall ernennt die Hauptversammlung bei ihrer nächsten Versammlung ein dauerhaftes Verwaltungsratsmitglied.

I.7. Art. 22. Ungültigkeitsbestimmungen. Kein Vertrag oder Geschäft zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen kann dadurch beeinträchtigt oder ungültig werden, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder geschäftsführende Verwaltungsratsmitglieder der Gesellschaft an einer solchen anderen Gesellschaft oder einem solchen anderen Unternehmen ein Interesse haben oder Verwaltungsratsmitglieder, Anteilinhaber oder Gesellschafter, geschäftsführende Direktoren oder Angestellte dieser anderen Gesellschaft oder dieses anderen Unternehmens sind.

Verwaltungsratsmitgliedern oder geschäftsführenden Verwaltungsratsmitgliedern der Gesellschaft, die Verwaltungsratsmitglieder, geschäftsführende Direktoren oder Angestellte von Gesellschaften oder Unternehmen sind, mit denen die Gesellschaft Verträge schließt oder anderweitig Geschäfte macht, wird dadurch nicht das Recht zur Beratung, Abstimmung und Handlung im Zusammenhang mit solchen Verträgen oder Geschäften entzogen.

Wenn Verwaltungsratsmitglieder oder geschäftsführende Verwaltungsratsmitglieder ein direktes oder indirektes finanzielles Interesse an einem Geschäft haben, das im Widerspruch zu dem der Gesellschaft steht, informieren diese Verwaltungsratsmitglieder oder geschäftsführenden Verwaltungsratsmitglieder den Verwaltungsrat über ihr persönliches Interesse und nehmen nicht an der Beratung oder Abstimmung bezüglich des Geschäfts teil. Ein Bericht über dieses Geschäft und über das vorgenannte persönliche Interesse von solchen Verwaltungsratsmitgliedern oder geschäftsführenden Verwaltungsratsmitgliedern ist der nächsten Hauptversammlung vorzu-